

# Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

## Protokoll

### 53. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 11.02.2021
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	JHA: Video-Konferenz; <a href="https://global.gotomeeting.com/join/193281949">https://global.gotomeeting.com/join/193281949</a>

---

#### Anwesend sind:

Herr Oliver Kociolek	Grüne	
Herr Tilo Siewer	Grüne	
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD	
Herr Daniel Schwarz	SPD	
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE	
Herr Rüdiger Lötzer	DIE LINKE	Vertretung für: Frau Petra Schra- der
Herr Dimitri Golodni	CDU	
Herr Michael Wehlus	AfD	
Frau Susanne Bierwirth	JHA BD	
Frau Heidemarie Depil	JHA BD	
Frau Sabine Derwenskus-Böhm	JHA BD	
Frau Andrea Lang	JHA BD	
Frau Monika Goral	Jugendamtsleiterin	
Frau Bezirksstadträtin Ramona Reiser	BzStRätin	
Jug		
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände	
Herr James Rosalind	JHA beratendes Mitglied	
Frau Jutta Schauer-Oldenburg	Integrationsausschuss	

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### **Protokoll:**

#### **zu 1 Begrüßung und Genehmigung der TO**

Die Tagesordnung wird wie vorliegend angenommen.

**zu 2            Genehmigung der Protokolle**  
**zu 2.1        zur 50. Sitzung am 19.11.2020**

Der TOP wird vertagt.

**zu 2.2        zur 51. Sitzung am 03.12.2020**

Das Protokoll wird angenommen.

**zu 2.3        zur 52. Sitzung am 07.01.2021**

Das Protokoll wird angenommen.

**zu 3            Mitteilungen**

**zu 3.1        des JHA-Vorsitzenden**

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE Herrn Lötzer als stellvertretendes Mitglied benannt hat.

Des Weiteren berichtet der Vorsitzende von dem fachlichen Austausch zu den Rahmenbedingungen in der Tagespflege am 26.01. Gemeinsam mit Tagespflegemüttern, dem Fachbereich Kindertagespflege und Frau Goral wurde besprochen, wie die Arbeit in der Zukunft weiterverlaufen soll. Frau Goral wird sich später ausführlicher dazu äußern.

Gemäß den Absprachen der letzten Sitzung wird zum Thema „Situation von geflüchteten Familien in Flüchtlingsunterkünften“ eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss Soz-Ges stattfinden.

**zu 3.2        des Bezirksamtes**

Frau Goral:

Die Arbeitsgruppe zum Thema Verbundtagespflege beinhaltet eine gute Mischung von unterschiedlichen Perspektiven der Teilnehmenden. Empfehlungen zur Qualität in Verbundpflegen werden formuliert, insbesondere für Kinder von 4-6 Jahren.

Auf Bedarfsprüfungen für Kinder in der Verbundpflege wird zukünftig verzichtet

Frau Reiser:

Die BzStRätin hat vorab schriftlich informiert und möchte ergänzen.

Das Zille-Haus in der Rathenower Straße 17 sei an die Serviceeinheit Facility Management (FM) zur Sanierung übergeben. Angestrebt werde eine Barrierefreiheit durch den Anbau eines Aufzugs. Sie hoffe auf eine schnelle Bearbeitung der Maßnahmen. Zeitgleich umgestaltet wird das Gelände der Rathenower Straße 16.

Zur Sondersitzung mit der Rahmenkoordination möchte sie bekanntgeben, dass für die Begleitung des Kitaausbaus ein Projektmanagement geplant sei. Am 27.01 gab es daher eine Sondersitzung. Der Entwicklungsprozess wird so besser begleitet und unterstützt.

Folgende fünf Standorte wurden ausgewählt:

Habersaathstraße 13, 10115 Berlin

Wiesenstraße 49, 13357 Berlin

Nordufer 28, 13357 Berlin

Seydlitzstraße 11, 10557 Berlin

Schwedenstraße 9a, 13357 Berlin

Die Umfrage der Kinder- und Jugendbüros habe ergeben, dass über 400 Personen die Website aufgerufen und weitere 264 an dem Fragebogen teilgenommen haben. Die Umfrage werde aktuell nachbereitet.

Auf Nachfrage von Frau Schauer-Oldenburg bestätigt Frau Reiser, dass bereits Vorbereitungen zur U18-Wahl getroffen werden.

Frau Strehlow:

Teilt mit, dass sie die Hauptperson der Koordinierung für die U18 Wahl ist.

**zu 4 Mädchenarbeit in Corona-Zeiten  
(BE: AG Mädchen\* und junge Frauen\*)**

Frau Gentikow und Frau Richter aus der AG Mädchen präsentieren die letzten Ereignisse der Mädchenarbeit.

Der erste Themenpunkt beinhaltet den WM\*T vom 09.10.2019. Darauf folgend berichten sie über eine bereits stattgefundene Piata-Aktion und werten sie aus. Zu dem vorherigen Weltmädchentag soll ein Film gezeigt werden. Durch technische Schwierigkeiten kann Film nicht in der Sitzung, aber auf der Instagram-Seite des WM\*T angeschaut werden. Zum Schluss berichten sie über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Arbeit. Die Präsentation mit den detaillierten Angaben hängt dem Protokoll als Anlage bei.

**zu 5 Berichterstattung aus den AG'en 78**

Frau Elix (AG Familienzentren) verweist auf die dem Ausschuss vorliegende Präsentation aus dem August 2020. Die Rolle der Familienzentren und das Wachstum der Zielgruppe sollen in der Planung der finanziellen Mittel mitberücksichtigt werden. Eine weitere pädagogische Koordinierungskraft soll das Team ergänzen, um den Bedarfen gerecht zu werden.

**zu 6 Wie weiter mit Kindern und Jugendlichen in ASOG-Einrichtungen**

Der Vorsitzende verweist auf die Ausführungen der letzten Sitzung. Die gemeinsame Sitzung mit SozGes findet gemäß Abstimmung am 25.03.2021 statt.

Herr Lötzer meldet sich zu Wort, und bietet an die Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung koordinieren. Eine Absprache zwischen Jugendamt und Sozialamt zur Gestaltung der Sitzung, sei ihm wichtig. Die Undurchsichtigkeit der genauen Angaben der betroffenen Zielgruppe hängt von den Berichterstattungen der Träger ab und wäre zum Teil unbefriedigend. Er erhoffe sich eine gemeinsame Aufklärung.

Die Fragen bezüglich der gemeinsamen Sitzung können bis zum 19.03.2021 bei Frau Zander eingereicht werden.

An Herrn Tietz und Frau Kriegel-Wethkamp sollen die Fragen ebenfalls weitergeleitet werden, mit der Anfrage um eine teilnehmende Vertreterin oder einen teilnehmenden Vertreter aus dem Schulamt.

Frau Keck signalisiert Interesse seitens der AG Mädchen, die konkreten Adressen der ASOG-Unterkünfte zu erhalten.

Frau BzStRätin möchte den schriftlichen Bericht verweisen. Die AG der Geflüchteten möchte die Informationslage zukünftig durch eine Website abrufbar machen. Ein Entwurf der bezirkseigenen Mindeststandards liege dem Jugendamt vor.

**zu 7 Bedarfe in der Jugendhilfe (BE: Jugendamt)**

BzStRätin Frau Reiser führte aus, dass vorbereitend auf die Haushaltsberatungen bereits ein Zeitplan zur Aufstellung erarbeitet wurde. Bis zum 26.03.2021 werden die Bedarfsanmeldungen und der Stellenplan der Ämter eingereicht. Im April werden der Bezirksplanfond und die Globalsummen übermittelt. Analyse der Zuweisungen erfolge im Mai. Mitte Mai gäbe es dann die Möglichkeit für die Ämter ihre Bedarfe zu begründen. Anfang Juni werden Eckwerte des BA-Beschlusses festgesetzt. Die Beratungen finden dann in der 2. Jahreshälfte statt.

Die Ausgangslage für die Haushaltsverhandlungen sei durch die Ausmaße der Pandemie herausfordernd. Problematisch sei die Auswirkung auf die pauschalen Minderausgaben in Bezug auf die unterjährige Finanzierung. Wenn die Unterjährige Finanzierung und die Anschubfinanzierung nicht ans Jugendamt weitergeleitet werden, dann muss es auf der Landesebene weiter diskutiert werden.

Der Schwerpunkt für die diesjährige Haushaltsplanung könnten in der Familienförderung liegen. Frau Büchele (Leiterin Familienzentrum-Ost) bittet in diesem Zusammenhang um eine zweite Vollzeitkraft.

Herr BzBm von Dassel informiert aus dem Plafondschreiben vom 09.04.2019, um wie er sagte, eine gemeinsame Basis zu schaffen. Die pauschalen Minderausgaben im Haushalt und die 78 Millionen aus 2019 sollen untersetzt werden. Bezugnehmend auf die 500.000 Euro Zuweisungen des Landes gäbe es zwei Auffassungen. Die erste Auffassung belässt den Betrag als zusätzliches Geld im Jugendbereich. Die zweite Auffassung die die Serviceeinheit Personal und Finanzen(PersFin) vertrete, besage, dass insgesamt das Budget so groß sei, dass es mit dem von 2020 zusammengebracht werden könne, weil der Jugendbereich mehr erhalten habe. Er selbst sehe keine Möglichkeit dem Jugendbereich die 500.000 Euro zu geben, da dieses Geld nur durch konkrete Kürzungen in anderen Bereichen erzielt werden könne. Bis jetzt sei ihm kein Bezirk bekannt, dem es gelungen ist das Geld an die Jugendhilfe weiterzugeben.

Frau Goral (Leitung Jugendamt) möchte die Angebotsstruktur in der Jugendhilfe erweitern, da akute Mehrbedarfe bestehen. Die gesetzliche Absicherung auf Bundes- sowie Landesebene geben genug Spielraum, Kinder- und Jugendliche zu stärken. Frau Goral macht Vorschläge wie die Familienförderung gestützt werden könne.

Frau Schauer-Oldenburg definiert das Handeln des Bezirksamtes in Bezug auf das Familienfördergesetz als gesellschaftsfeindliches Einsparen. Sie betont die negativen Auswirkungen der Pandemie auf die gesamte Gesellschaft, insbesondere die Schwächeren. Sie erinnert an die 2006 gemachten Einsparungen im Gesundheitswesen, die in der jetzigen Pandemie ein Paradebeispiel für die verfehlte Ausgabenpolitik darstellen.

Herr Gail (Sprecher AG Leopoldplatz) möchte den akuten Bedarf verdeutlichen. Durch Auflösung des Landesprogramms „Fit für die Schule“, „Gemeinsam starten“ und „Lernbrücke“ zu 2021 sei die Situation sehr dramatisch.

Frau Goral möchte eine Einigung erzielen, um Angebote weiterzuentwickeln und bedarfsgerecht zu handeln, sprich die bereits vorhandenen Mittel einzusetzen.

Auf Nachfrage von Herrn Mase, zu §13.1 SGB VIII, stellt Frau BzStRätin Reiser klar, dass keine Schulstationen aufgelöst werden sollen. Schulprojekte die aus einer Mischfinanzierung kommen, sollen lediglich auf zusätzliche Rechtsgrundlagen gestützt werden.

Die Vorüberlegungen zur Haushaltsplanaufstellung 2022/23 seien auf der Grundlage des Jugendfördergesetzes gemacht worden.

Das Jugendfördergesetz habe Anschubfinanzierungen bis 2023 geplant, diese seien jährlich gestaffelt.

Angebotsform 1: 3,76 Mio. Euro	für 2021
Angebotsform 2: noch nicht festgelegt	für 2022
Angebotsform 3: 3,30 Mio. Euro	für 2020
0,30 Mio. Euro	für 2021
Angebotsform 4: 1,65 Mio. Euro	für 2020
Angebotsform 5: 0,95 Mio. Euro	für 2021

Diese Anschubfinanzierungen sollen für die Bezirke eine Basis schaffen, um Angebotsformen aufzubauen, die später budgetiert werden können. Die Problematik der Anschubfinanzierung gehöre in die politische Debatte. Die Entscheidung, wie das rot-rot-grüne Gesetz eingesetzt wird, läge in der Zuständigkeit aller Bezirke.

Herr Blum: kritisiert die Nichtweitergabe der abgesprochenen Gelder und plädiert für ein gemeinsames Votum des JHA.

Frau Depil hinterfragt die Zweckgebundenheit der Gelder. Möchte zudem eine klare Äußerung seitens der Politik. Das AGH muss entscheiden und sich zum JuFöG positionieren.

Herr von Dassel betont, es liege keine formale Zweckbindung vor, und bezeichnet es als großen Topf für alle Ausgaben. Auf Landesebene werde nun diskutiert, welchem Bereich wieviel weggenommen werden muss, um die pauschalen Minderausgaben zu untersetzen.

Festgelegt werden der 15.02.21 und der 16.02.21 um 16 Uhr für die Bildung einer Arbeitsgruppe, die sich mit der Zuweisung der Mittel aus dem Jugendfördergesetz in und für 2021 beschäftigt.

## **zu 8 Aktuelle Viertelstunde**

Frau Bierwirth:

Sie erinnert an Ihre Frage zum Kitaplanausbau aus der Januar-Sitzung, eine Antwort

reicht ihr über eine Anlage zum Protokoll.

Frau Depil:

Sie bittet um Mitteilung des genauen Sachstands zum Kitausbau und Sanierung in der Schmidstraße. Die Beantwortung erfolgt schriftlich im Nachgang.

**zu 9 Beratung von Drucksachen**

**zu 9.1 Für eine partizipative, verlässliche und zukunftssichernde Kindertagesbetreuung in Mitte!**

**Drucksache: 2854/V**

Der TOP wird vertagt.

**zu 9.2 Jungentag (Antrag von Herrn Rosalind)**

Der Antragstext befindet sich in der Anlage zur Sitzung und zum Protokoll.

Frau BzStRätin Reiser teilt mit, dass sie den Antrag unterstützte.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**zu 10 Verschiedenes**

Es liegen keine Themen vor.

gez.  
Tilo Siewer  
Vorsitzender

Haaske  
Protokollantin